

Keine Steuerreduktionen auf Aktien und Optionen für die «Chefetage»!

Mit dem in der parlamentarischen Beratung befindlichen «Bundesgesetz über die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen» soll – etwas plakativ ausgedrückt – eine Steuerreduktion auf Optionen für die «Chefetage» ermöglicht werden. Obwohl die finanziellen Folgen für Bund, Kantone und Gemeinden völlig ungewiss sind, hat der Nationalrat diesem Gesetz bereits zugestimmt. Dies hauptsächlich mit dem trügerischen und verlockenden Argument der Standortattraktivität. Es ist davon auszugehen, dass auch der Ständerat dem Gesetz zustimmen wird.

Die Stossrichtung dieses Gesetzes ist völlig verfehlt. Zwar sind Forderungen nach gezielten Steuersenkungen im Einzelfall immer wieder berechtigt (so auch unsere Kinderabzugsinitiative). Mit der beabsichtigten Steuerreduktion auf Optionen für die «Chefetage» werden dem Staat, aber auch den Sozialversicherungswerken, völlig unnötig Mittel entzogen, die eigentlich für die vielen familienpolitischen Anliegen der CVP dringend benötigt würden. Die CVP darf nicht auf allen Hochzeiten tanzen! Wir müssen uns auf eine Entlastung bei den (mittelständischen) Familien und auch den KMU konzentrieren!

Die Chancen für das von der SP bereits angedrohte Referendum stehen nicht schlecht. Darüber hinaus würde eine Volksabstimmung genau in die heisse Phase des Wahlkampfes für den Zürcher Kantonsrat und auch den Nationalrat fallen. Die Vorstellung, dass die WahlkämpferInnen unserer Partei auf der Strasse dann auch für eine Steuerreduktion auf Optionen für die «Chefetage» einzustehen haben (falls die CVP Schweiz nicht die NEIN-Parole zum Gesetz beschliesst) ist beunruhigend!

Zürich, 10. März 2006

Harry Lütolf
Vizepräsident der CVP Stadt Zürich